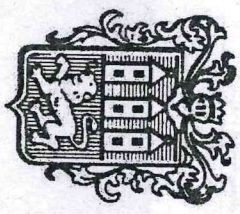


Göttinger Tagelohr



Niedersächsische Morgenpost • Göttinger Zeitung seit 1889

PARTNER IM REDAKTIONSNETZWERK DEUTSCHLAND RND

SONNABEND/SONNTAG, 8./9. JUNI 2019 | NR. 132 | 23. WOCHE | 2,40 €

www.goett...-tagelohr

Wer zahlt für die kaputte Straße? Bürger wehren sich

Bisher müssen vielerorts Anwohner für die Kosten aufkommen – doch nun hat eine Allianz aus unterschiedlichen Verbänden die ersten Klagen eingereicht

Von Marco Seng

Hannover. Der Widerstand gegen die Straßenausbaubeiträge in Niedersachsen wird immer größer. Neben etlichen Bürgerinitiativen hat sich jetzt eine Allianz von Verbänden gebildet, die Front gegen die umstrittene Anwohnerabgabe macht. Steuerzahlerbund, Haus & Grund, Deutscher Mieterbund, Verband Wohneigentum und Landesbauernverband fordern eine umfassendere Reform bei der Finanzierung kommunaler Straßensanierungen – und haben erste Klagen eingereicht.

Die rot-schwarze Landesregierung will zwar die Beitragslasten für die Anlieger senken. Doch die geplante Gesetzesänderung, die im Juni vom Landtag beschlossen werden soll, geht der Allianz nicht weit genug. Der Vorsit-

zende des Steuerzahlerbundes, Bernhard Zentgraf, spricht von einem „faulen Kompromiss“. Der Landtag wolle sich vor „einer grundlegenden Lösung des Problems drücken“.

Die Koalition will den Kommunen mehr Spielräume zur Stundung der Beitragsforderungen geben, die sich auf teilweise mehrere Zehntausend Euro belaufen. Für Eigentümer von Eck- und Großgrundstücken könnte es günstiger werden, die Gemeinden können künftig einen höheren Eigenanteil bei der Finanzierung des Straßenausbaus einsetzen. Die Kommunalverbände unterstützen die Pläne, wollen aber an den Beiträgen grundsätzlich festhalten. Zentgraf spricht von punktuellen Erleichterungen, die nicht weiterhelfen würden. „Die Eigentümer bleiben

„

Die Eigentümer bleiben der Willkür der Verwaltung und der Kommunalpolitik ausgesetzt.

Bernhard Zentgraf, Vorsitzender des Steuerzahlerbundes

der Willkür der Verwaltung und der Kommunalpolitik ausgesetzt.“ Die Beiträge würden in der Gesellschaft immer weniger akzeptiert, weil Straßen von allen und nicht nur von den Anliegern genutzt würden. Zentgraf fordert, die Straßensanierung aus Steuergeld zu bezahlen. „Die Kassen sind voll.“

Hans Reinhold Horst, Verbandshelfer von Haus & Grund, beklagt, dass die Gemeinden allzu oft die „vermächlässigte Instandhaltungspflicht“ auf die privaten Eigentümer abwälzen. „Damit werden öffentliche Aufgaben, die ohnehin schon durch Abgaben, Gebühren, Beiträge und Steuern finanziert wurden, den Bürgern erneut in Rechnung gestellt.“ Der Verband Wohneigentum bemängelt, dass die Gemeinden mit dem Gesetzentwurf

nicht zu konkreten Erleichterungen für Beitragszahler verpflichtet werden. Der Mieterbund warnt davor, dass die Kommunen die Grundsteuern erhöhen könnten, wenn es keine klaren Regelungen gebe. Der Landesbauernverband merkt an, dass die Belastung durch die Beiträge in ländlichen Gemeinden häufig ungerecht hoch sei, wo landwirtschaftlich genutzte Grundstücke neben Wohngrundstücken lägen.

Der Verband Wohneigentum hat nach eigenen Angaben beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg Klage gegen die sogenannten wiederkehrenden Ausbaubeiträge eingereicht. Zudem soll der Europäische Gerichtshof prüfen, ob die Beiträge mit Europarecht vereinbar sind, da sie nur in Deutschland und Dänemark erhoben werden.